

## **Verhinderung des Ausbaus der neuen Hauptfeuerwache als Katastrophenschutzzentrum in unmittelbarer Nähe eines reinen Wohngebietes**

### Beschreibung der bisherigen Situation

Die Hauptfeuerwache Freiburg wurde kürzlich erweitert und erhielt eine Leitstelle zur gemeinsamen Nutzung mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK), die am 27. Juli dieses Jahres offiziell eingeweiht wurde. Neben der Berufsfeuerwehr werden jetzt hier zusätzlich Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr beherbergt. Schon vor diesen Erweiterungen fanden auf zwei großen Übungshöfen regelmäßige Übungen statt, mit entsprechenden Belästigungen der Bewohner der benachbarten Seniorenresidenz Erlenhof und des angrenzenden Wohngebietes durch Lärm, Dieselabgase, Flutlicht und Alarmsignale. Proteste und Einwände von Anwohnern waren bis heute erfolglos.

### Die neue Situation: Planung der Erweiterung zum Katastrophenschutzzentrum

Im Amtsblatt der Stadt Freiburg vom 28. Januar 2011 wurde für alle Anwohner überraschend die Änderung des Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften Neue Feuerwache, Plan-Nr. 6-1c angekündigt. Diese Änderung soll laut Beschluss-Vorlage (Drucksache BA-10/002) zusätzliche Neubauten und den Ausbau der Feuerwache zu einem Katastrophenschutzzentrum ermöglichen. Die bisherige Festsetzung als „Mischgebiet“ soll durch eine Festsetzung als „Gemeinbedarfsfläche“ mit entsprechender Zweckbestimmung ersetzt werden. Dadurch werden unter anderem noch höhere Emissionswerte und eine höhere Bebauungsdichte als bisher ermöglicht. Auch in der Beschluss-Vorlage wird explizit darauf hingewiesen: „der Bebauungsplan erscheint umwelterheblich aufgrund zu erwartender Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch insbesondere hinsichtlich der zu erwartenden Lärmemissionen“. Dabei wurde die vorgesehene Riegelbebauung, die alle Emissionen voll in das Wohngebiet leitet, noch gar nicht berücksichtigt. Es werden dann an 6 Tagen in der Woche Übungen zwischen 6 und 22 Uhr abgehalten, in Ausnahmefällen auch an Sonn- und Feiertagen (7-20 Uhr), mit Kranwägen (112 dB), Notstromaggregaten (106 dB) und Warnpiepsern (109 dB)!

Bisherige Lärmgutachten empfehlen daher „durch organisatorische Maßnahmen“ den Lärm in Grenzen zu halten. Der Chef der Feuerwache wird also letzten Endes die Verantwortung für die Emissionen tragen. Konfrontationen mit den Anwohnern bis zu gerichtlichen Auseinandersetzungen werden dadurch vorprogrammiert.

### Was wollen die betroffenen Bürger und wie können Sie diesen helfen?

- Ein mit derartigen Emissionen belastetes Vorhaben gehört in ein Industrie-/Gewerbegebiet und nicht in die unmittelbare Nähe von Wohngebieten. Je schneller ein Umdenken bei den verantwortlichen Planern erfolgt, desto mehr Zeit und Fehlausgaben werden gespart.
- Setzen Sie sich bitte in den entsprechenden Ausschüssen dafür ein, daß der bisherige Bebauungsplan „Neue Feuerwache“ nicht geändert wird.
- Verhindern Sie durch Verweigerung Ihrer Zustimmung zu den Plänen die Entwertung eines sozial intakten Wohngebietes, die Wertminderung der betroffenen Immobilien, den langfristigen Bestandsschutz des erst im letzten Jahr eingeweihten Kinderspielplatzes am Marienmattenweg und die Existenz der in diesem Areal vorhandenen Kleingärten.

**Der Übungsbetrieb der Feuerwehr ist schon jetzt eine Zumutung für die Anwohner, der keine weitere hinzugefügt werden darf.**